

Politik nimmt Bau-Clans ins Visier

SVP-Nationalrätin Gutjahr will Eisenleger-Mafia das Handwerk legen – auch Mitte-Nationalrat Candinas wird aktiv.

Henry Habegger

«Ohne Eisenleger geht auf dem Bau nichts, und die grossen Bau-firmen haben diese Arbeit aus-gelagert. Das nützen dubiose Clans für systematischen Betrug in grossem Stil aus.» Das schrieb CH Media im März in Teil 5 des Clan-Reports. Insbesondere So-zialversicherungen wie Suva, AHV und ALV werden um Mil-lionen betrogen.

Jetzt wird in Bern die Politik aktiv. Die Thur-gauer SVP-Nationalrä-tin Diana Gutjahr hat soeben die Parlamen-tarische Initiative «Wettbewerb und So-zialversicherungen mit Solidarhaftung schützen» eingereicht. Sie will das Ent-sendegesetz anpassen, um dem Betrug den Riegel zu schieben.

«Mich stört es politisch und unternehmerisch»

Gutjahr kennt den Bausektor gut. Zusammen mit ihrem Ehe-mann führt sie das Familien-unternehmen Ernst Fischer AG, Stahl- und Metallbau in Ro-manshorn. «Zu Dumpingprei-sen offerieren, Sozialversiche-rungsbeiträge nicht zahlen, in Konkurs gehen», so die Natio-nalrätin, von diesen Betrugsma-schen höre sie immer wieder. Einer ihrer Mitarbeiter sei einst

selbst Opfer eines dubiosen Arbeitgebers geworden.

Es störe sie, wenn gegen Missbräuche nichts getan wer-de, wenn jeder die Verantwor-tung auf den anderen schiebe, sagt Gutjahr. Darum werde sie jetzt aktiv. «Mich stört es poli-tisch, wenn die Sozialversiche-rungen, wenn Angestellte, wenn wir alle betrogen werden. Mich stört es unternehmerisch, wenn der Wettbewerb verzerrt und wenn korrekt abrechnende Fir-men benachteiligt werden.»

Den Hebel ansetzen will sie bei den Erstunternehmern. Also bei den vom Bauherrn beauf-tragten Total-, General- oder Hauptunternehmern. Diese sol-len «zivilrechtlich für die Nicht-einhaltung der Netto-Mindest-löhne und der Arbeitsbedingun-gen durch die Subunternehmer sowie für die Beiträge an Sozial-versicherungen» haften. Und auch «für Vollzugs- und Weiter-bildungskosten und Frührenten-systeme, die auf allgemein verbindlich erklärten Gesamt-arbeitsverträgen beruhen».

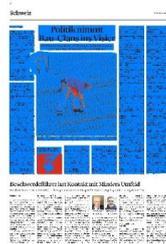
Der Erstunternehmer soll also haften, wenn unten in der Kette betrogen wird. Entspre-chend werden sie besorgt sein, Missbräuche zu verhindern. Heute ist das oft nicht der Fall, weil es Schlupflöcher gibt, weil

Wie Clans sich in der Schweiz breitmachen



die Solidarhaftung, die seit 2013 existiert, von dubiosen Akteu-ren ausgehebelt werden kann. Der Betrug läuft beispielsweise so: Der Erstunternehmer, eine grosse Bau-firma, vergibt einen Auftrag an einen Subunterneh-mer, eine Eisenleger-Firma, die für 260 Franken pro Tonne offe-riert hat. Dieser Preis ist viel zu tief, inklusive Sozialbeiträge müsste er bei etwa 400 Franken liegen. Aber der Subunterneh-mer hat gar nie im Sinn, die Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen. Zum Betrugsschema ge-hört oft dazu, dass die Eisenle-ger-Firma den Auftrag zum Schein an einen oder mehrere Subsubunternehmer weitergibt, die allerdings selbst gar kein Personal haben.

Fliegt der Schwindel aber auf, weil beispielsweise die Suva Verdacht schöpft und die ge-schuldeten Beiträge einfordert,



lassen die Subunternehmer allfällige noch vorhandene Gelder verschwinden und gehen in Konkurs. Oft übernimmt, damit niemand belangt werden kann, ein «Firmenvernichter» die illiquide GmbH.

Auch Firmenvernichter sind eine «Berufsgattung» in den Netzwerken der dubiosen Akteure. Zu Diensten steht ihnen eine Reihe von Schweizer Notaren, Anwälten und Treuhändern, die an der Domizilierung und Beglaubigung der dubiosen Firmen verdienen.

Gemäss Gutjahr können sich Erstunternehmer von der Haftung befreien, sofern sie plausibel nachweisen, dass die bei der «Weitervergabe der Arbeiten die nach den Umständen gebotene Sorgfalt in Bezug auf die Einhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Beitragszahlungen angewendet hat». Die Sorgfaltspflicht sei insbesondere erfüllt, steht im Vorstoss, «wenn sich der Erstunternehmer von seinen Subunternehmern die Einhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anhand von Dokumenten und Belegen glaubhaft darlegen lässt». Heute ist das oft nicht der Fall, weil eine Selbstdeklaration der Subunternehmer genügt.

Der Vorstoss ist breit abgestützt. Gewerbeverband und Baumeister tragen ihn mit. 25 Parlamentsmitglieder aller Cou-

leur hatten ihn am Dienstag mitunterzeichnet. Auch Linke und Gewerkschaften unterstützen die Zielrichtung: Ausgebaute Solidarhaftung ist eines ihrer alten Anliegen.

Schon 2013, als die Solidarhaftung unter FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann eingeführt wurde, schrieb die Gewerkschaft Unia von «Schlupflöchern so gross wie ein Scheunentor» und kritisierte: «Der Bundesrat hat es verpasst, eine griffige Verordnung vorzulegen, damit Firmen, die Arbeit zu Dumpingpreisen an Subunternehmer weitergeben und dabei Gesetze und Gesamtarbeitsverträge verletzen, zur Kasse gebeten werden können.»

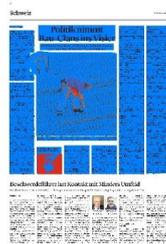
Unterschrieben hat den Vorstoss auch Christian Wasserfallen (FDP), im Vorstand der Baumeister. Auch die Mitte ist sehr prominent vertreten, mit Parteipräsident und Fraktionschef. Und notabene mit dem letztjährigen Nationalratspräsidenten Martin Candinas. Auch der Bündner ist in der Betrugsthematik aktiv geworden. Im März schon verlangte er per Motion «Mehr Möglichkeiten für die Missbrauchsbekämpfung im Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit». 81 Parlamentsmitglieder von links bis rechts, inklusive Diana Gutjahr, unterzeichneten die Motion.

Candinas stiess bei Parmelin auf taube Ohren

Kernforderung an den Bundesrat: Auch die Handelsregisterämter, die Betreibungsämter sowie die Konkursämter sollen zur Zusammenarbeit mit den Kontrollorganen verpflichtet werden, um Missbräuche und Schwarzarbeit zu bekämpfen. Candinas erhoffte sich durch den Informationsaustausch eine bessere Bekämpfung von Mantelhandel, von Firmenvernichtern sowie «Konstrukten zur Umgehung von Melde- und Bewilligungspflichten, beispielsweise Subunternehmerstrukturen».

Nur: Der Bundesrat unter Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) beantragt die Ablehnung der Motion. Das Anliegen sei im Schwarzarbeitsgesetz «sachfremd», ein Informationsaustausch hier «nicht zulässig», steht in der kurzen, technokratischen Antwort. Candinas kritisiert: «Bei der breiten Unterstützung, die das Anliegen hat, hätte ich vom Bundesrat etwas mehr Sorgfalt und eine klarere, umfassendere, verständlichere Antwort erwartet.» Sein breit abgestützter Vorstoss dürfte im Parlament gute Chancen haben.

Trotz schwerfälligem Bundesrat, klar wird: In Bern bewegt sich etwas in Bezug auf Bekämpfung dubioser Strukturen und krimineller Clans.



Betrugsanfällige Branche: Eisenleger auf einer Baustelle in Kloten, hier auf einem Archivbild aus dem Jahr 2012. Klein im Bild Nationalrätin Diana Gutjahr, SVP TG.

Bilder: CH Media, Keystone